



Maskenball

Der Wahlmarathon hat begonnen. Zwei von fünf Landtagswahlen fanden am 14. März statt. Welchen Anteil die *Masken-Affäre*, scherzhaft auch *Maskenball* genannt, am Wahlergebnis der CDU in **Baden-Württemberg** und **Rheinland-Pfalz** hat, wird sich vielleicht noch herausstellen. Aber auch die Probleme bei der Bewältigung der Pandemie, namentlich zu knapper Impfstoff, werden zu großen Teilen der CDU angelastet. Knapp fünf Prozent hat die CDU in Rheinland-Pfalz zur letzten Wahl vor fünf Jahren verloren, in Baden-Württemberg etwa vier Prozent.

Trotz geringer Verluste bleibt die SPD in RP mit 35,5 Prozent stärkste Kraft. **Malu Dreyer** wird MP bleiben und kann mit der Ampel weiterregieren. In BW verliert die SPD fast zwei Prozent und landet auf rund elf Prozent, gleichauf mit der AfD. Die AfD, und das ist erfreulich, verliert in beiden Bundesländern zwischen drei und vier Prozent. *Die Werte beziehen sich auf die 20:00 Uhr-Hochrechnung der ARD.*

In BW gewinnen die Grünen leicht hinzu und kommen auf 35,5 Prozent. **Winfried Kretschmann** hat damit einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Er könnte sowohl mit der CDU weiterregieren als auch die Pferde wechseln und mit der SPD und der FDP eine weitere Ampel in Betrieb setzen.

Soviel dazu. Kommen wir noch einmal zurück auf den *Maskenball*. Dass es korrupte Politiker gibt und welche, die ihr Mandat dazu ausnutzen, sich persönliche und finanzielle Vorteile zu verschaffen, ist nichts Neues. Der Union ist es schwer auf die Füße gefallen, nicht schon längst für mehr Transparenz in den eigenen Reihen gesorgt zu haben. Jetzt nachzulegen, wirkt eher hilflos als überzeugend.

Und wenn man sieht, dass die Union im Angesicht ihres *Maskenballs* immer noch versucht zu tricksen, schwindet das Vertrauen auf unter null. Erst ab 100.000 Euro sollen die Abgeordneten auf Vorschlag der Union ihre „Nebenverdienste“ angeben müssen. 100.000 Euro? Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, **Carsten Schneider**, fordert zurecht, dass Nebenverdienste ab einem Cent offengelegt werden müssen. Es ist unser Recht zu erfahren, wer – außer uns – die Abgeordneten bezahlt.

Auch ist die Forderung der SPD vollkommen richtig, Parteispenden schon ab 2.000 Euro veröffentlichen zu müssen. Überdies wollen die Sozialdemokraten eine Obergrenze von 100.000 Euro pro Spender

festlegen. Darüber, dass der Immobilieninvestor **Christoph Gröner** der Berliner CDU 800.000 Euro gespendet hat, können sich die Berliner Christdemokraten natürlich freuen, wie sieht das aber aus? Auch wenn keine böse Absicht für die Gegenwart und Zukunft hinter der Spende stecken mag, allein aber wegen möglicher Hintergedanken ist die Annahme der Spende nicht unbedingt sehr schlau. Einer Partei Geld zu spenden, hat immer eine andere Qualität, als wenn man Unicef unterstützt. Irgendwann wird Gröner vielleicht die CDU an seine Spende erinnern.

Über das Spenden-Dinner von **Jens Spahn** im Herbst des letzten Jahres, über das die *Bild-Zeitung* am 8. März berichtete, scheint sich niemand ernsthaft aufzuregen. Bei dem Dinner mit Rindersteak und Rotwein, so *Bild*, soll man den Gästen angeboten haben, 9.999 Euro zu spenden, „wenn sie nicht in den Büchern der CDU auftauchen wollen.“ Wer will das schon. Jetzt, wann sonst, müssen endlich schärfere Transparenzregeln her. Sie schützen die vielen ehrlichen Volksvertreter und entlarven die wenigen, die ihr Mandat mit einem Geschäftsmodell verwechseln.

Die Aufforderung der Fraktionsführung der Union, dass alle Abgeordneten eine Ehrenerklärung abgeben sollen, in keinem Masken-Deal verwickelt zu sein, ist ein spektakulärer Vorgang, der an Peinlichkeit nicht zu überbieten ist. Jeder, der ein Psychologiebuch im Schrank zu stehen hat, ohne jemals darin gelesen zu haben, weiß, dass jeder Täter grundsätzlich immer davon ausgeht, nicht erwischt zu werden. Die Untersuchungen im Gesundheitsministerium, ob es weitere Fälle gibt, sind offenbar noch nicht abgeschlossen. Bleibt zu hoffen, dass wir mit keinen neuen Fällen belästigt werden und vor allem, dass es nach dem Ehrenwort nicht wieder in einer Badewanne endet.

Weitere Wahltermine in diesem Jahr: Landtag **Sachsen-Anhalt:** 6. Juni 2021. Am 26. September geht's dann richtig zur Sache. In **Berlin** wird die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und der zwölf Bezirksverordnetenversammlungen neu gemischt, in **Mecklenburg-Vorpommern** und **Thüringen** werden die Landtage neu gewählt, und für alle Deutschen gilt es, am selben Tag auch noch den **Bundestag** zu wählen. Am 26. September findet das spannendste politische Ereignis des Jahres statt.

Wie die Wahlen ausgehen, wird stark davon abhängen, welche Erfolge die Pandemie-Bekämpfung zeigt. Wer im Sommer immer noch nicht geimpft ist, wird sich sehr genau überlegen, wen er wählt.

Ed Koch